

Hunger war Stalins Mordwaffe gegen die Ukraine

Stand: 28.05.2019 | Lesedauer: 7 Minuten



Von **Richard Herzinger**

Korrespondent für Politik und Gesellschaft

1932 und 1933 starben Millionen Ukrainer. Ein neues Buch analysiert die von Stalin angezettelte Hungersnot. Jetzt fordert die Ukraine den Deutschen Bundestag auf, den Holodomor als Genozid anzuerkennen.

Es war eines der schlimmsten politischen Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts. Und doch blieb es der Weltöffentlichkeit lange Zeit weitgehend unbekannt. In den Jahren 1932 und 1933 fielen Millionen Ukrainer einer Hungersnot zum Opfer, die von der Politik der sowjetischen Führung unter Josef Stalin verursacht und mit der Absicht gezielter Massentötung bewusst verschärft worden war. In der Ukraine wird diese nationale Katastrophe als „Holodomor“ bezeichnet und betrauert – ein Begriff, der aus den ukrainischen Worten *holod* (Hunger) und *mor* (Tötung, Mord) zusammengesetzt ist.

Bis zum Ende der Sowjetunion 1991 stritten der Kreml und seine Apologeten in aller Welt jedoch entweder ab, dass es damals überhaupt eine Hungersnot gegeben hatte, oder sie leugneten zumindest, dass dahinter eine politische Absicht stand. Archivmaterial wurde zerstört, Dokumente wurden gefälscht, um das monströse Verbrechen zu vertuschen. Während sich das offizielle Russland in den 1990er-Jahren der Aufklärung dieses grauenvollen Kapitels der Sowjetgeschichte gegenüber aufgeschlossener zeigte, ist es unter Putins Herrschaft wieder tabuisiert und ideologisiert worden. Nach heutiger Kreml-Lesart gab es damals zwar Hunger, doch sei davon die ganze Sowjetunion gleichermaßen betroffen gewesen. Wer behauptet, die Ukraine habe in besonderem Maße darunter gelitten, sei planvoll ausgehungert worden, wird als „ukrainischer Nationalist“ oder „Faschist“ denunziert, der das russische Ansehen

beschmutzen wolle – obwohl der Holodomor doch eine sowjetische Untat war und nicht Russland zur Last gelegt wird.

In ihrer jetzt auf Deutsch erschienenen, glänzend geschriebenen Studie mit dem Titel „Roter Hunger“ hat die renommierte amerikanische Historikerin und Journalistin Anne Applebaum den Ablauf der grauenvollen Ereignisse von 1932/33 detailliert rekonstruiert und ihre Vorgeschichte seit der bolschewistischen Machtergreifung 1917 analysiert. Nach ihrer Erkenntnis gibt es keinen Zweifel daran, dass die Hungersnot dieser Jahre weder auf schlechtes Wetter und Missernten zurückzuführen ist, noch eine unmittelbare Folge der Kollektivierung der Landwirtschaft war, die von der stalinistischen Führung seit Ende der 1920er-Jahre brachial durchgesetzt wurde.

Der katastrophalen Ernährungslage, die sich aus der desaströs verlaufenen Zwangskollektivierung ergab, wollte das Regime vielmehr durch das forcierte Eintreiben von Getreide und anderen Lebensmitteln bei der ohnehin bereits ausgemergelten Landbevölkerung Herr werden. Für die mangelhaften Resultate dieser Gewaltaktionen wurden dann „Saboteure“ und „konterrevolutionäre Elemente“ jeglicher Art verantwortlich gemacht, verfolgt und umgebracht.

Die Paranoia Stalins

In besonderem Maße rückte dabei die Ukraine in den Fokus der Paranoia Stalins und seines Machtapparats, die den Bolschewiki schon seit dem Beginn ihrer Herrschaft als ein Hort „nationalistischer“ und „antisowjetischer“ Umtriebe suspekt gewesen war. Bereits während des Bürgerkriegs 1918–1921 hatten die Bolschewiki die Ukraine primär als rücksichtslos auszubeutenden Getreidelieferanten zur Ernährung der revolutionären Arbeiter in Städten wie Petrograd und Moskau betrachtet, von denen sie an die Macht gebracht worden waren. Immer wieder stachelte Lenin die örtlichen Funktionäre an, um jeden Preis Nahrungsmittel zu requirieren und in die russischen Industriezentren zu

schaffen. Damals wurde Stalin von ihm in die Ukraine geschickt, wo er diese Anweisung mit äußerster Brutalität umzusetzen versuchte. Der Widerstand der Ukrainer dagegen prägte Stalins abschätziges Bild von ihnen als einer Ansammlung hinterhältiger „Kulaken“ und bourgeoiser „Parasiten“.

Später, in der Ernährungskrise Anfang der Dreißigerjahre, sollte sich der Diktator daran erinnern und beschließen, mit den widerspenstigen Ukrainern endgültig aufzuräumen. „Schritt für Schritt“, schreibt Anne Applebaum, „setzte die Sowjetführung, unterstützt von ihren unterwürfigen ukrainischen Genossen, ... eine Hungersnot in der Hungersnot in Gang, die sich speziell gegen die Ukrainer und die Ukraine richtete.“ In verschiedenen Direktiven ordnete das Moskauer Politbüro Beschlagnahmen, das Anlegen schwarzer Listen von Kolchosen und Dörfern und Grenzkontrollen an, die verhindern sollten, dass die Hungernden in anderen Sowjetrepubliken nach Nahrung suchten. Dazu kam, so Applebaum, „eine Informationsblockade und außerordentliche Durchsuchungen, um Millionen von Bauern die letzten Lebensmittel zu entziehen“. All dies produzierte im Herbst 1932 „die Hungersnot, die heute als Holodomor bezeichnet wird.“ Das Resultat: „Mindestens 5 Millionen Menschen verhungerten in der ganzen Sowjetunion zwischen 1931 und 1934, darunter mehr als 3,9 Millionen Ukrainer.“

Doch der Hungermord an der Landbevölkerung stellte nur eine Facette von Stalins Versuchs dar, der ukrainischen nationalen Identität die Grundlage zu entziehen. „Während auf dem Land die Bauern starben“, so Applebaum, „attackierte die Geheimpolizei die geistigen und politischen Eliten der Ukraine.“ 1932 und 1933 wurden dort rund 200.000 Menschen verhaftet, kulturelle und religiöse Institutionen sowie das Bildungs- und Verlagswesen von ukrainischen Einflüssen „gesäubert“, die ukrainische Sprache unterdrückt oder dem Russischen angeglichen. Die Repression gegen ukrainische Intellektuelle, Professoren, Museumskuratoren, Schriftsteller (<https://www.welt.de/themen/autoren/>), Künstler, Priester und Parteifunktionäre kam der Auslöschung einer ganzen Generation der

gesellschaftlichen Elite des Landes und damit der Zerstörung des ukrainischen Nationalbewusstseins gleich.

Aus dieser Diagnose ergibt sich die zunehmend heftig diskutierte Frage, ob der stalinsche Hungermord an den Ukrainern nicht den Tatbestand des Genozids erfüllt. Dies ist keineswegs nur ein akademisches Problem. Mit dem Aufbruch der Ukraine in eine neue Ära der Demokratie und Unabhängigkeit von russischer Dominanz nach der Maidan-Erhebung 2013/14 ([/debatte/article184225120/Fuenf-Jahre-Maidan-Das-Schicksal-der-Ukraine-bestimmt-die-Zukunft-Europas.html](http://debatte/article184225120/Fuenf-Jahre-Maidan-Das-Schicksal-der-Ukraine-bestimmt-die-Zukunft-Europas.html)) ist der Holodomor ins Zentrum der ukrainischen Erinnerungskultur gerückt. Das Gedenken daran stärkt an zentraler Stelle das neu gewonnene ukrainische Zusammengehörigkeitsgefühl. Mit dem wachsenden Selbstbewusstsein einer aufstrebenden Nation wünscht sich das Land jetzt die weltweite Anerkennung des Unrechts, das ihm zugefügt wurde.

So haben in Deutschland lebende Ukrainer kürzlich eine Petition an den Deutschen Bundestag eingebracht, er möge den Holodomor als Genozid anerkennen. Die Petition wird auch von der ukrainischen Regierung unterstützt. Andrij Melnyk

([/debatte/kommentare/article184281530/Botschafter-Andrij-Melnyk-Warum-wir-Ukrainer-Gerhard-Schroeder-nicht-verstehen.html](http://debatte/kommentare/article184281530/Botschafter-Andrij-Melnyk-Warum-wir-Ukrainer-Gerhard-Schroeder-nicht-verstehen.html)), Botschafter der Ukraine in Berlin, erklärte jüngst, die Bundesrepublik dürfe vor „diesem schwerwiegenden Verbrechen nicht mehr die Augen verschließen.

Die Ukrainer rufen den Bundestag auf, diesen Schritt der historischen Gerechtigkeit endlich zu wagen.“ In der Tat ist die Frage berechtigt, warum mehrere europäische Parlamente, darunter das deutsche, die planmäßige Ermordung der Armenier durch das nationalistische Regime der Türkei 1915 als Genozid eingestuft haben, Gleiches bislang aber im Blick auf den Holodomor nicht in Erwägung zogen. Der Verdacht liegt nahe, dass dabei falsch verstandene Rücksichtnahme auf die Befindlichkeit Russlands eine Rolle spielt

Für den Juristen und Friedensforscher Raphael Lemkin

(https://de.wikipedia.org/wiki/Raphael_Lemkin) jedenfalls, der in den 1940er-Jahren den Begriff „Genozid“ geprägt und die UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948 initiiert hat, handelte es sich bei der Sowjetisierung der Ukraine und der ukrainischen Hungersnot um einen geradezu klassischen Fall von Völkermord.

Anne Applebaum indes bleibt bei dieser Frage vorsichtig abwägend: Komplexe juristische und moralische Argumente liefen in dieser Debatte durcheinander, und der politische Streit darüber habe „die Anwendung des Wortes ‚Genozid‘ so erfolgreich belastet, dass sein Gebrauch in jedem russischen oder ukrainischen Kontext ermüdend umstritten geworden ist.“ Die Gefahr einer Instrumentalisierung und neuerlichen Mystifikation der historischen Wahrheit über den Holodomor sieht sie auch auf ukrainischer Seite – etwa, wenn dort zuweilen weit überhöhte Opferzahlen angeführt werden. Dies gilt übrigens auch für die aktuelle Bundestagspetition, in der von 7 bis 10 Millionen getöteten Ukrainern die Rede ist, statt der von den meisten historischen Experten anerkannten Zahl von knapp vier Millionen.

Inzwischen, meint Applebaum, seien jedoch so viele Belege über den Verlauf des Hungermords gesammelt worden, dass es heute weniger wichtig sei, „ob man die Hungersnot von 1932/33 einen Genozid, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder einfach einen Akt des Massenterrors nennt. Egal, wie man es definiert, er war der furchtbare Angriff einer Regierung gegen das eigene Volk. Es war einer von mehreren Angriffen dieser Art im 20. Jahrhundert, die nicht alle in klar abgegrenzte juristische Kategorien passen.“ Diese Haltung möchte man auch dem Bundestag ans Herz legen. Er sollte sich nicht hinter Begriffsdefinitionen verschanzen und den Holodomor, in welcher Terminologie auch immer, als das exorbitante Verbrechen gegen die Ukraine verurteilen, das es tatsächlich war.

Anne Applebaum: Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine. Siedler, 544 S., 36 €.